

Ende gut, alles gut

BVV bestätigt Planung für Erneuerung der Oderberger Straße **Von A. Molle**

Dem für Verkehr zuständigen Bezirksstadtrat Jens-Holger Kirchner (Bündnis 90/Die Grünen) stand die Erleichterung ins Gesicht geschrieben, als Vorsteher Burkhard Kleinert in der BVV-Tagung am 24. September das Abstimmungsergebnis verkündete. Die Verordneten hatten soeben die von Kirchner vorgelegte Entwurfsplanung für die umfassende Erneuerung der Oderberger Straße, die in einem mehrmonatigen Abstimmungsprozess vom Tiefbauamt und der Bürgerinitiative Oderberger Straße (BIOS) erarbeitet worden war, ohne Gegenstimmen gebilligt und damit den Weg für die nächsten Planungsschritte geebnet. In der Debatte dankte BIOS-Vertreter Oskar Neumann der BVV als Initiatorin dieser beispielhaften Bürgerbeteiligung. Er freute sich auch über einen freudigen Versprecher Kirchners, der kurz zuvor von der »Oderbürger Straße« gesprochen hatte. Neumann äußerte die Erwartung, dass BIOS nun auch in die Ausführungsplanung einbezogen wird und sich auch die Untere Denkmalbehörde des Bezirks kompromissbereit zeigt. Die hatte Ende Juni Einwände vor allem gegen die Anlage eines kleinen Stadtplatzes vor dem Stadtbad Oderberger Straße geltend gemacht. SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Mindrup und der bündnisgrüne Verordnete Cornelius Bechtler warfen dem Amt vor, sich aus dem Dialog mit den Bürgern herausgehalten und ihre Bedenken erst nach Vorliegen des Ergebnisses geäußert zu haben. Dies sei eine »Missachtung des Willens der BVV und des Engagements der Anwohner«. Den Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Michail Nelken (Linke), forderte Bechtler auf, dafür zu sorgen, dass sich das ihm unterstellte Amt künftig an solchen Abstimmungsprozessen beteiligt.

Mehr Platz für Schulanfänger

Um den für die nächsten Jahre ermittelten Fehlbedarf von rund 300

Grundschulplätzen im südlichen Bereich von Prenzlauer Berg möglichst zügig abbauen zu können, hat das Bezirksamt beschlossen, die dafür erforderlichen Flächen planungsrechtlich zu sichern. Der jetzt aufgestellte B-Plan 3-19 soll im beschleunigten Verfahren durchgeführt werden. Er betrifft zum einen das 2.400 m² große landeseigene Grundstück Straßburger Straße 56, das mit einem



© Albrecht Molle

Der Pausenhof der neuen Grundschule soll auf dieser Teilfläche der Schönhauser Allee 9 gestaltet werden.

zu DDR-Zeiten errichteten, derzeit leerstehenden Schulgebäude bebaut ist. Es soll zu einer dreizügigen Grundschule umgebaut werden. Aufgrund der früher zur Erwachsenenbildung ausgeübten Nutzung verfügt es jedoch über keinen Schulhof. Der soll auf einer 1.900 m² Teilfläche des in Privatbesitz befindlichen Nachbargrundstücks Schönhauser Allee 9 entstehen, die für den Gemeinbedarf gesichert wird. Beide Grundstücke liegen im Sanierungsgebiet Kollwitzplatz, das zum 1. Januar 2009 aufgehoben werden soll. Da seit Ende Mai 2008 für das Grundstück Schönhauser Allee 9/9A ein Antrag auf Baugenehmigung für ein Hotel sowie

für Apartmentwohnungen vorliegt, hat das Bezirksamt die sanierungsrechtliche Genehmigung mit Aufstellung des B-Plans versagt. Flächen für eine Schulsporthalle und den Schulgarten sollen ebenfalls per B-Plan auf der anderen Seite der Straßburger Straße auf dem Gelände der ehemaligen Fahrbereitschaft gesichert werden.

Pils ohne Pilz

Sind die Tage der Heizpilze in den Schankvögärten unseres Bezirks gezählt? Auf die Frage des FDP-Fraktionschefs André Spannemann, ab wann denn das angekündigte

Verbot der Wärmeschleudern gelten wird, erklärte der für öffentliche Ordnung zuständige Stadtrat Jens-Holger Kirchner, dass Ausnahme genehmigungen für den Betrieb von Schankvögärten im öffentlichen Straßenland bereits seit Frühjahr 2008 mit dem Vermerk versehen werden, dass der Betrieb von Heizpilzen untersagt ist. Anträge seien zu versagen, wenn vom Antragsgegenstand umweltschädliche Wirkungen ausgehen. Dies entspreche der gesetzlichen Bestimmung, wonach das öffentliche Interesse vor dem Einzelnen Vorrang habe. Bei vollem Betrieb stößt ein Heizpilz stündlich ca. 3,5 Kilogramm Kohlendioxid aus.